



Wien, am 16. Juli 2014

Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2014 – 2018

Wachstumskräfte stärken – Reformen umsetzen

Sperrfrist: Donnerstag, 17. Juli 2014, 10:00 Uhr

**Die vergangenen fünf Jahre waren durch die „große Rezession“ und die Krise im Euro-
raum geprägt. Mit der Erholung der internationalen Konjunktur sollte sich die österrei-
chische Wirtschaft im Prognosezeitraum wieder beleben. Das Institut erwartet für den
Zeitraum 2014 bis 2018 ein durchschnittliches Wachstum der österreichischen Volks-
wirtschaft von 1.9 %. Die positive Wirtschaftsentwicklung führt zu einer Stabilisierung
am Arbeitsmarkt, mit 7.5 % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosen-
quote gemäß nationaler Definition jedoch auf einem sehr hohen Niveau. Das Ziel eines
annähernd ausgeglichenen öffentlichen Haushalts bis zum Jahr 2016 ist bei strikter
Budgetdisziplin erreichbar. Notwendig sind weitere fiskalische und regulatorische Re-
formschritte, um das Wachstumspotenzial der österreichischen Wirtschaft zu stärken.**

Nach einer langdauernden Rezessionsphase schwenkte die Wirtschaft des Euroraums wieder auf einen verhaltenen Wachstumskurs ein. Vom verbesserten internationalen Umfeld sollte die österreichische Volkswirtschaft profitieren. Somit erwartet das Institut für den Zeitraum 2014 bis 2018 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts in Österreich von durchschnittlich 1.9 % pro Jahr. Diese mittelfristige Vorausschau übernimmt die Werte der kurzfristigen IHS-Prognose vom Juni 2014 für die Jahre 2014 und 2015 und erweitert den Prognosehorizont bis 2018. Ausgehend von 1.5 % und 1.9 % in den Jahren 2014 und 2015 erwartet das Institut für den restlichen Prognosezeitraum Wachstumsraten von rund 2 %, wobei der Konjunkturböschungspunkt mit 2.2 % im Jahr 2016 erreicht werden dürfte. Insgesamt fällt das Wachstum damit um 1 ½ Prozentpunkte kräftiger aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre, die durch die „große Rezession“ und die Strukturkrise im Euroraum geprägt waren.

Als Teil der mittelfristigen Prognose schätzt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft. Dabei handelt es sich um die bei Normalauslastung der Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt erreichbare Produktion. Im Zuge der relativ schwachen Wirtschaftsentwicklung in den vergangenen Jahren hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials abgeschwächt und betrug 2013 nach Einschätzung des Instituts knapp 1 ½ %. Ausgehend von diesem Wert sollte das Wachstum der Produktionsmöglichkeiten leicht ansteigen und am Ende des Prognosezeitraums 1 ¾ % betragen. Ausgehend von einer negativen Produktionslücke von gut 1 %

im Jahr 2013 wächst die Wirtschaft etwas schneller als das Produktionspotenzial, sodass sich die Lücke bis zum Ende des Prognosezeitraums wieder schließt.

Der Prognose liegt die Annahme einer Belebung der Weltkonjunktur zugrunde. Aufgrund des notwendigen Abbaus der privaten und öffentlichen Verschuldung fällt der Aufschwung in den Industrieländern aber vergleichsweise verhalten aus. Dies entspricht den Erfahrungen früherer Finanzkrisen. Für die USA wird mit einem durchschnittlichen Wachstum von $2\frac{3}{4}$ % pro Jahr gerechnet. Im Euro-Raum haben die Reformen und Strukturanpassungen zu einer spürbaren Reduktion der Ungleichgewichte geführt. Das Institut geht davon aus, dass die Wirtschaft des Euroraums die Rezessionsphase endgültig überwunden hat und in den nächsten fünf Jahren ein durchschnittliches Wachstum von gut $1\frac{1}{2}$ % erzielen kann. Weiterhin dynamisch entwickelt sich dabei die deutsche Wirtschaft, aber auch die Peripheriestaaten kehren auf einen Wachstumspfad zurück. Die Dynamik in den Schwellenländern wird zwar hoch bleiben, aber geringer als in der Vergangenheit ausfallen (China 7 %). Das Institut geht von einem durchschnittlichen Rohölpreis von 117 US-Dollar je Barrel aus. Hinsichtlich des Euro-Dollar-Wechselkurses wird ein Wert von 1.34 erwartet.

Mit der Länge des Prognosezeitraums steigen die Prognoseunsicherheiten. Gegenwärtig haben sich die makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum zwar deutlich reduziert, aufgrund der beträchtlichen Arbeitslosigkeit sowie der hohen Verschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte bestehen aber weiterhin markante Abwärtsrisiken. Neue Anspannungen auf den Finanzmärkten sowie Probleme im Bankenbereich könnten die Wirtschaftsentwicklung dämpfen. Eine Verschärfung der politischen Krisen (Russland-Ukraine, Irak) könnte die Entwicklung des Welthandels bremsen und zu einer Erhöhung der Energiepreise führen. Problematisch bleibt die hohe Staatsverschuldung in den USA und in Japan. Ein Ausbleiben der Budgetkonsolidierung und die damit verbundene höhere Schuldenquote könnte die Wachstumsrate des Produktionspotenzials in diesen Volkswirtschaften verringern. Ein Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte zu ansteigenden Zinsen, fallenden Preisen für Sicherheiten und Problemen in der Kreditversorgung führen.

Der private Konsum in Österreich stabilisiert traditionellerweise die Konjunktur. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine durchschnittliche Wachstumsrate von 1 %. Die positive Entwicklung der Realeinkommen stützt den Konsum und ermöglicht einen leichten Anstieg der gegenwärtig äußerst niedrigen Sparquote. Ausgehend von $6\frac{1}{2}$ % im Vorjahr wird die Sparquote bis zum Ende des Prognosezeitraums auf gut 8 % ansteigen. Allerdings drückt die hohe Abgabenlast auf dem Faktor Arbeit auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen.

Von der anziehenden Konjunktur profitiert die Investitionstätigkeit. Nach einer Stagnation in den letzten fünf Jahren beleben sich die Anlageinvestitionen und wachsen im Prognosezeitraum um gut 2 % pro Jahr. Dabei ziehen die Ausrüstungsinvestitionen mit einem durchschnittlichen Wachstum von $2\frac{3}{4}$ % etwas stärker an als die Bauinvestitionen. Diese werden um gut $1\frac{1}{2}$ % ausgeweitet, wobei die öffentliche Bautätigkeit schwach bleibt.

Die österreichische Außenwirtschaft profitiert von der Belebung der internationalen Konjunktur. Gestützt von der Entwicklung der österreichischen Exportmärkte legt die Exportnachfrage kräftig zu. Nach einer annähernden Stagnation (knapp $\frac{1}{2}$ % Zunahme pro Jahr) in den vergangenen fünf Jahren erwartet das Institut für den Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtexporte von gut 5 %, wobei die Warenexporte etwas schneller steigen ($5\frac{3}{4}$ %). Die stärkere Handelsdy-

namik und die kräftige Binnennachfrage führen zu einer Belebung der Importnachfrage. Für die realen Importe im weiteren Sinne laut VGR wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 5 % erwartet, die Warenimporte wachsen um knapp 5 ¼ %. Damit geht vom Außenhandel weiterhin ein positiver Wachstumsbeitrag aus.

Mit einer durchschnittlichen Inflationsrate von knapp 2 % erwartet das Institut eine moderate Teuerung im Prognosezeitraum. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen keine signifikanten preistreibenden Impulse ausgehen. Auch von der Entwicklung der heimischen Lohnstückkosten ist aufgrund der hohen Arbeitslosigkeit kein Preisdruck zu erwarten.

Die schwache Wirtschaftsentwicklung der letzten Jahre hat zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Die Belebung der heimischen Wirtschaft sollte aber dazu führen, dass der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit mit einer Quote von 8.2 % im heurigen Jahr erreicht wird. Über den gesamten Prognosezeitraum hinweg sollte die Beschäftigungsnachfrage um durchschnittlich ¾ % zulegen. Da das Arbeitskräfteangebot weiterhin steigt, fällt der Rückgang der Arbeitslosenquote allerdings nur verhalten aus. Diese beträgt am Ende des Prognosezeitraums 7 ½ %. Für die Arbeitslosenquote gemäß Eurostat-Definition wird dann ein Wert von 4 ½ % erwartet.

Das Stabilitätsprogramm der Bundesregierung sieht für das Jahr 2016 einen weitgehend ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Das Institut geht gegenwärtig davon aus, dass dieses Ziel erreicht wird. Aus mittelfristiger Sicht ist eine nachhaltige Rückführung der Staatsschulden notwendig. Dies sollte das Vertrauen internationaler Investoren erhalten und damit auch zukünftig im internationalen Vergleich günstige Refinanzierungskonditionen sichern sowie Spielraum für das Wirken der automatischen Stabilisatoren schaffen. Zusätzlich braucht es einen größeren finanzpolitischen Spielraum zur Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit sowie zur Finanzierung von Ausgaben für Bildung, Forschung und Technologie. So lassen sich die Wachstumskräfte stärken und die Standortqualität Österreichs erhalten. Dies erfordert die zügige Umsetzung von Reformen im Bereich der Verwaltung, der Pensionsversicherung und im Gesundheitswesen sowie eine anreizfreundlichere Gestaltung der Beziehungen der öffentlichen Gebietskörperschaften untereinander.

In einem Spezialkapitel der Prognose wird die Bedeutung des Finanzsektors für das Wirtschaftswachstum diskutiert. Österreich kann als Land mit einem stark auf Banken gestützten Finanzsystem bezeichnet werden. Banken als Teil des Finanzsystems sind also hierzulande, wie auch in vielen anderen europäischen Ländern, die zentralen Finanzintermediäre. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die wesentlich zur heimischen Wirtschaftsleistung beitragen, greifen auf Bankkredite als das wichtigste Instrument in der Außenfinanzierung zurück. Zahlreiche theoretische und empirische Arbeiten belegen, dass ein gut entwickeltes Finanzsystem bzw. ein leistungsfähiger Bankensektor entscheidend für das Wirtschaftswachstum ist. Strengere Regulierungen und spezielle Bankenabgaben, die den Bankensektor langfristig stabiler und krisenresistenter machen sollen, können dabei zumindest temporär wachstumsdämpfend wirken. Eine wichtige Frage in diesem Zusammenhang ist, wer letztlich die Kosten der Regulierung und Bankenabgaben trägt. Werden die Kosten (teilweise) auf die Kunden überwält, so kann ein (temporär) geringeres Wachstum die Folge sein. Bleiben die Kosten bei den Banken liegen, so resultieren sinkende Eigenkapitalrenditen und eine erschwerte Aufnahme von neuem Eigenkapital. Im Zuge der jüngsten globalen Finanzkrise hat sich in der Politik ein Konsens darüber gebildet, dass die Kosten der impliziten Staatsgarantie dem Fi-

nanzsektor angelastet werden sollen. Es gilt jedoch, bezüglich der kumulativen Belastung aus verschärften Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften, neuen Versicherungsbeiträgen zu Insolvenzfonds und Bankensteuern das richtige Maß zu wahren. Denn ein gut funktionierender Bankensektor ist für die wirtschaftliche Entwicklung zentral.

Rückfragehinweis:

Institut für Höhere Studien (IHS), Stumpergasse 56, 1060 Wien

Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Prof. Christian Keuschnigg, direktion@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-125

Dr. Helmut Hofer, helmut.hofer@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-251

Dr. Klaus Weyerstraß, klaus.weyerstrass@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-233

Mag. Inge Korneck (Public Relations), communication@ihs.ac.at, Tel.: 01/59991-123

Wichtige Prognoseergebnisse

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2004-2008	2009-2013	2014-2018
Bruttoinlandsprodukt, real	2.8	0.4	1.9
Privater Konsum, real	1.5	0.8	1.0
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	2.0	-1.4	3.4
Bruttoanlageinvestitionen, real	1.2	-0.1	2.1
Ausrüstungsinvestitionen, real	2.1	1.1	2.7
Bauinvestitionen, real	0.4	-1.0	1.6
Inlandsnachfrage, real	1.8	0.3	1.5
Exporte i.w.S., real	7.1	0.4	5.1
Waren, real (laut VGR)	7.2	0.4	5.7
Reiseverkehr, real (laut VGR)	1.9	-1.1	0.4
Importe i.w.S., real	5.7	0.3	5.0
Waren, real (laut VGR)	6.2	0.2	5.2
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-2.0	-1.8	1.2
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.6	0.7	0.8
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.7	7.1	7.9
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition ^{*)}	4.6	4.5	4.7
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.5	2.1	2.4
Preisindex des BIP	1.9	1.7	1.7
Verbraucherpreisindex	2.2	2.0	1.9
3-Monats-Euribor ^{*)}	3.3	0.8	0.8
10-Jahres-BM-Rendite öst. Staatsanleihen ^{*)}	4.0	2.9	2.6

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

^{*)} absolute Werte

Internationale Rahmenbedingungen

Durchschnittliche Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2009 – 2013	2014 – 2018
Welthandel	2.2	5.0
BIP, real		
Deutschland	0.6	1.8
Italien	-1.6	1.0
Frankreich	0.1	1.3
Vereinigtes Königreich	-0.1	2.5
Schweiz	1.2	2.1
USA	1.2	2.7
Japan	0.3	1.3
China	8.9	7.0
Polen	2.7	3.2
Slowakei	1.0	2.9
Tschechien	-0.5	2.5
Ungarn	-1.0	2.2
Slowenien	-2.0	1.5
MOEL-5*)	1.1	2.9
Bulgarien	-0.4	2.4
Rumänien	-0.3	3.0
Kroatien	-2.5	1.4
Russland	1.0	1.8
Euroraum	-0.4	1.6
NMS-7**)	0.9	2.8
EU-28	-0.3	1.8
OECD	0.8	2.5
Österreichische Exportmärkte	1.9	4.6
USD/EUR Wechselkurs***)	1.35	1.34
Erdölpreis (Brent, USD/barrel)***)	94.9	117.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien

***) NMS-7: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien, Litauen

***) absolute Werte